

V2414 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte, SP/Juso) "Köniz heizt erneuerbar"

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. einen Vorschlag für die Änderung der baurechtlichen Vorschriften zu erarbeiten, um sicher zu stellen, dass in Köniz bei Ersatz oder Neubau von Heizungen nur noch mit erneuerbaren Energien betriebene Systeme zum Einsatz kommen, sodass Köniz das Netto-Null-Ziel 2045 erreichen kann.
2. in den Bauvorschriften Regelungen vorzusehen für den Fall, dass eine erneuerbare Heizung technisch nicht umsetzbar, wirtschaftlich nicht tragbar oder nicht sozialverträglich realisierbar ist.

Begründung

Mit dem Klimaschutzreglement vom 19. Juni 2023 hat sich Köniz verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen bis 2045 auf Netto-Null zu senken¹. Für 47% dieser Emissionen sind in Köniz die Heizungen verantwortlich². Die Gemeinde hat deshalb ein grosses Interesse daran, dass Hausbesitzende, wenn sie ihre Heizung ersetzen müssen oder neu eine Heizung einbauen, Anlagen wählen, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Bei einer durchschnittlichen Lebensdauer einer Heizung von 20 Jahren sollten deshalb bereits ab 2025 keine Heizungen mehr eingebaut werden, die auf fossile Brennstoffe angewiesen sind. Tatsächlich werden in Köniz weiterhin neue fossile Heizungen installiert: Von den gesamthaft rund 130 Heizungen, die 2024 bisher ersetzt wurden, haben sich die Hausbesitzenden in 17 Fällen wiederum für eine fossile Heizung entschieden.

Der Könizer Gemeinderat führt die Anpassung der Energievorschriften in seinem Klimamassnahmenpaket als erste Massnahme auf. Seit dem Inkrafttreten des neuen Berner Energiegesetzes KEnG am 1.1.2023 ermöglicht Art. 13 Bst. a den Gemeinden, in der baurechtlichen Grundordnung die Verpflichtung einzuführen, bei Gebäuden, die neu erstellt werden oder deren Heizungen zu wesentlichen Teilen ersetzt wird, auf erneuerbare Energien zu setzen. Der Kanton hat zudem Mustervorschriften³ erarbeitet, an denen sich die Gemeinden bei der konkreten Ausarbeitung ihrer Regelung orientieren können. Die Gemeinde Köniz verfügt bereits über eine Wärmeversorgungskarte⁴, die den Eigentümern von Liegenschaften aufzeigt, welche erneuerbaren Energiequellen für ihre Liegenschaft am geeignetsten sind.

Die Mustervorschriften des Kantons sehen eine Ausnahmeregelung vor, wenn die Jahreskosten für eine erneuerbare Heizung mindestens 20% höher sind als für eine fossile. Die Gemeinde Köniz könnte diese Regelung ebenfalls übernehmen. Zusätzlich soll der Gemeinderat Ausnahmen vorsehen, falls der klimaverträgliche Heizungsersatz bei den Eigentümer:innen zu finanziellen Härten führen würde, damit beispielsweise Erbgemeinschaften nicht wegen dem teureren Heizungsersatz gezwungen wären, die Liegenschaft zu veräussern.

Eingereicht

11.11.2024

¹ Klimaschutzreglement, Art. 1 und 2

² [Folien Infoanlass Erneuerbar heizen 15.11.23](#)

³ <https://www.weu.be.ch/de/start/themen/energie/energievorschriften-gemeinden.html>

⁴ <https://map.koeniz.ch/publimap/>

Unterschrieben von 21 Parlamentsmitgliedern

Monika Röthlisberger, Andreas Hauser, Laura Hoffman, Christina Aebischer, Lukas Erni, Mayra Faccio, Sara Gassser, Dominik Fischli, David Müller, Urs Mumenthaler, Janka Hamm, Bülent Celik, Brigitte Rohrbach, Géraldine Boesch, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Katja Streiff, Fabienne Marti Locher, Roland Akeret, Matthias Müller, Christine Müller

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag (siehe Beilage 1).

2. Ausgangslage

Mit dem Klimaschutzreglement ist die Gemeinde verpflichtet, das Ziel "Netto-Null" für das Gemeindegebiet bis 2045 zu erreichen. Die CO₂-Emissionen aus dem Wärmebereich durch die Verbrennung von Öl und Gas müssen bis spätestens 2045 nahezu vollständig eliminiert werden, damit das Ziel erreicht werden kann. Unvermeidbare Restemissionen müssen mit Negativemissionstechnologien (NET) wieder ausgeglichen werden ("Netto-Null"). Das allgemeinverbindliche Klimaschutzreglement gilt sowohl für die Behörden als auch für die Bevölkerung und die Unternehmen von Köniz.

3. Rechtliche Grundlagen

Das Kantonale Energiegesetz (KE nG) sieht vor, dass fossile Heizungen nur noch 1:1 ersetzt werden dürfen, wenn das Gebäude jünger ist als 20 Jahre, wenn es die Effizienzklasse GEAK D aufweist oder wenn zusätzliche Massnahmen zur Verbrauchsreduktion oder zur Erhöhung des erneuerbaren Anteils ergriffen werden (sog. "Standardlösungen", vgl. Kantonale Energieverordnung KE nV, Anhang 4 zu Art. 20a Abs. 3 Bst. a)⁵. Es ist deshalb möglich, dass bestehende fossile Heizungen wieder mit fossilen Heizungen ersetzt werden. Bei Neubauten sind fossile Heizungen praktisch unmöglich. In Köniz gab es in den letzten zwei Jahren keinen Neubau mit einer fossilen Wärmeerzeugung.

Gemeinden können gemäss Art. 13 Abs. 1 Bst. a KE nG die Kantonalen Vorgaben verschärfen, indem sie für das Gemeindegebiet oder Teile davon einen *bestimmten* erneuerbaren Energieträger für Neubauten oder beim Heizungsersatz vorschreiben. Welcher Energieträger eingesetzt werden muss, ist durch die Gemeinde in einem Zonenplan festzulegen und vom Kanton Bern im ordentlichen Verfahren zu genehmigen. Die Mustervorschriften des Kantons sehen vor, dass ein anderer erneuerbarer Energieträger möglich ist, falls der prioritäre Energieträger aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen nicht umsetzbar ist.

Neben der Festlegung eines bestimmten erneuerbaren Energieträgers kann die Gemeinde in einem grundeigentümergebundenen Plan ebenfalls für definierte Gebiete eine Anschlusspflicht für Fernwärmenetze erlassen. Damit geht gleichzeitig auch eine Versorgungspflicht des Lieferanten im Perimeter einher.

Beide Vorschriften müssten im Baureglement der Gemeinde und in einem Zonenplan "Wärme" verankert werden. Für die Änderung des Baureglements ist eine Volksabstimmung notwendig. Das Klimaschutzreglement als Rechtsgrundlage der Gemeinde ist nicht ausreichend, um ein Verbot von fossilen Heizungen durchsetzen zu können. Massgebend sind das Kantonale Energiegesetz und die Kantonale Energieverordnung.

⁵ Diese Regelung gilt für Gebäude, die zum Wohnen, als Verwaltung, als Schule, zum Verkauf oder als Restaurant genutzt werden. Versammlungslokale, Spitäler, Industriegebäude, Lager, Sportbauten und Hallenbäder sind davon nicht betroffen.

4. Wirkung des aktuell gültigen Energiegesetzes

Am 1.1.2025 waren in der Gemeinde 2'868 fossile Wärmeerzeuger (Raumheizung und Prozesswärme) in Betrieb. Sie werden nach und nach mit erneuerbaren Systemen ersetzt. Beim Ersatz von 125 Wärmeerzeugern im Jahr 2023 und 104 Wärmeerzeugern im 2024 wurden insgesamt 203 Wärmeerzeuger durch erneuerbare Energieträger ersetzt. Das entspricht einer Quote "fossil zu erneuerbar" von 88.7 %. In 26 Fällen allerdings wurden fossile Wärmeerzeuger wieder mit einem fossilen Wärmeerzeuger ersetzt (11.3 %). Aus den Wärmeerzeugerersatzmeldungen wurde ersichtlich, dass die Heizungen im Durchschnitt 28 Jahre alt waren.

5. Antrag auf Umwandlung in ein Postulat

Der Gemeinderat ist mit dem Anliegen der Motionäre im Grundsatz einverstanden. Wie in anderen Kantonen bereits üblich, sollten auch in Köniz nur noch erneuerbare Energieträger eingesetzt werden können. Das Kantonale Energiegesetz als übergeordnete gesetzliche Grundlage ist für die Umsetzung dieses Grundsatzes aber unzureichend. Der Kanton Bern seinerseits sieht keinen Interpretationsspielraum des besagten Artikels. Der Gemeinderat lehnt aus verschiedenen Gründen sowohl eine Vorschrift für einen "bestimmten" erneuerbaren Energieträger ausserhalb der Fernwärmeperimeter als auch eine Anschlusspflicht in den Fernwärmeperimetern zum heutigen Zeitpunkt ab. Zu den Hauptgründen zählen:

- Die Vorgabe eines bestimmten erneuerbaren Energieträgers widerspricht der Technologieoffenheit. Jedes Gebäude bringt andere Voraussetzungen mit. Massgebend ist die CO₂-Reduktion.
- Die Pflicht, einen bestimmten erneuerbaren Energieträger einzusetzen oder an die Fernwärme anzuschliessen, gälte auch für eine bereits bestehende erneuerbare Wärmezeugung.
- Eine Anschlusspflicht bedeutet gleichzeitig eine Versorgungspflicht. Diese wird von den Betreibern von Wärmeverbünden abgelehnt und birgt nicht abschätzbare Risiken für die Gemeinde.
- Auch bei einer Verschärfung würde es weiterhin Ausnahmen geben (Härtefälle).

Der Gemeinderat ist jedoch bereit, im Rahmen der Raumstrategie und der Überarbeitung des behördenverbindlichen Richtplans Energie (ab 2025) sinnvolle und zielführende Vorgaben zu prüfen. Basierend auf dem Richtplan Energie können die Vorgaben dann in den grundeigentümmerverbindlichen Instrumenten (Baureglement, Zonenplan) festgelegt werden. Er beantragt deshalb die Umwandlung in ein Postulat.

6. Auswirkungen auf die Zielerreichung Netto-Null

Die übergeordneten gesetzlichen Rahmenbedingungen reichen aktuell nicht aus, um den Verfassungsartikel des Kantons Bern (Netto-Null bis 2050) zu erreichen und schon gar nicht das Ziel Netto-Null bis 2045 gemäss Klimaschutzreglement der Gemeinde. Neben der Revision des Richtplans Energie will der Gemeinderat deshalb die Ressourcen in die Weiterführung der bestehenden freiwilligen Massnahmen investieren, beispielsweise in den Ausbau der Fernwärme oder die Beratung von Liegenschaftseigentümern (vgl. Klima-Massnahmenpaket Bereich Gebäude).

7. Finanzen

Eine Verschärfung im Baureglement gegenüber dem Kantonalen Energiegesetz würde einen Mehraufwand für die Gemeindeverwaltung (Planung, Umsetzung im Baureglement und in einem Zonenplan, Vollzug) bedeuten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Köniz, 6. März 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 21. November 2024



Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin
T 031 970 92 02
cornelia.rauch@koeniz.ch

Köniz, 21. November 2024 rc

V2414 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte, SP/Juso) "Köniz heizt erneuerbar"
Formelle Prüfung der Motion

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung 0.3 A 7 prüft der Gemeindeschreiber, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt:

1. einen Vorschlag für die Änderung der baurechtlichen Vorschriften zu erarbeiten, um sicher zu stellen, dass in Köniz bei Ersatz oder Neubau von Heizungen nur noch mit erneuerbaren Energien betriebene Systeme zum Einsatz kommen, sodass Köniz das Netto-Null-Ziel 2045 erreichen kann.
2. in den Bauvorschriften Regelungen vorzusehen für den Fall, dass eine erneuerbare Heizung technisch nicht umsetzbar, wirtschaftlich nicht tragbar oder nicht sozialverträglich realisierbar ist.

Gemäss Art. 32 bst. b) Gemeindeordnung beschliessen die Stimmberechtigten den Erlass, die Änderung und die Aufhebung der baurechtlichen Grundordnung.

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag.

Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin